

27. Januar 2026, Pressemitteilung

apr@privatfunk.de
www.privatfunk.de
Tel.: 0 89/45 555 855

APR fordert klare Rahmenbedingungen für privaten Rundfunk – Auffindbarkeit von Audio-Inhalten sichern

Die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) begrüßt die wachsende Bereitschaft von Bund und Ländern, journalistisch-redaktionelle Medien in Deutschland politisch zu stärken - gestern hat sich die SPD-Spitze für eine Digitalsteuer für große Tech-Konzerne und eine gesetzliche Investitionsverpflichtung für internationale Streaminganbieter ausgesprochen.

Dabei gilt es aber den privaten Rundfunk mitzudenken: gerade in Zeiten zunehmender Angriffe auf demokratische Strukturen kommt dem privaten Rundfunk mit seinen verlässlichen Informations- und Audioangeboten eine zentrale Bedeutung für Meinungsvielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu.

„Private Hörfunk- und Audioangebote erreichen täglich Millionen Menschen – mobil, im Auto und zunehmend über digitale Sprachassistenten. Damit leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Öffentlichkeit“, betont die APR. Voraussetzung dafür seien jedoch faire Wettbewerbsbedingungen und eine konsequente medienpolitische Antwort auf die wachsende Marktmacht globaler Plattformen.

Die parteiübergreifenden Vorschläge aus den Ländern, Initiativen auf Bundesebene sowie aktuelle mediopolitische Positionspapiere zeigen nach Ansicht der APR, dass der politische Wille zur Stärkung unabhängiger Medien vorhanden ist. „Jetzt kommt es darauf an, diesen Willen in konkrete, wirksame Maßnahmen zu übersetzen“, so die APR.

Für den privaten Rundfunk steht dabei insbesondere die **Sicherstellung der Auffindbarkeit journalistisch-redaktioneller Audio-Inhalte** im Fokus. In Benutzeroberflächen von Autos, Smart Speakern und anderen vernetzten Endgeräten dürfen private Anbieter nicht benachteiligt oder verdrängt werden. „Wer über Benutzeroberflächen und Sprachassistenten entscheidet, entscheidet über publizistische Reichweite“, warnt die APR.

Neben einem Belastungsmoratorium für Medienunternehmen fordert die APR daher eine wirksame Regulierung digitaler Gatekeeper im Medienbereich. Ziel müsse es sein, dass private Rundfunkangebote diskriminierungsfrei auffindbar bleiben und ihre publizistische Leistung auch in digitalen Umgebungen zur Geltung kommt.

„Eine vielfältige, unabhängige und wirtschaftlich tragfähige Rundfunklandschaft ist kein Selbstläufer“, so die APR. „Wenn Politik Medienvielfalt ernsthaft sichern will, muss sie jetzt handeln – insbesondere im Audiobereich.“

Die APR vertritt bundesweit die Interessen von über 300 privaten Radio- und Fernsehsendern aus Deutschland und setzt sich insbesondere für die Förderung der Vielfalt, Qualität und der wirtschaftlichen Interessen des privaten Rundfunks ein. Damit ist die APR der mitgliederstärkste Hörfunkverband in Deutschland; die Medienprodukte der APR-Mitgliedsunternehmen erreichen täglich über 50 Millionen Menschen in ganz Deutschland.